

In der Metropole zu Hause

Leitgedanken sozialdemokratischer
Großstadtpolitik

A stylized silhouette of a cityscape in shades of blue, featuring various buildings, a wind turbine, and a factory chimney. A winding road leads from the foreground towards the city.

Heimat
Metropole

ANPACKEN.
FÜR UNSER LAND.

SPD

In der Metropole zu Hause

Leitgedanken sozialdemokratischer Großstadtpolitik

Die großen Städte sind die Orte, an denen die sozialen Fragen unserer Zeit beantwortet werden.

Sie stehen heute vor großen Herausforderungen. Die Sozial- und Bildungsaufgaben, der ökonomische Fortschritt, der Wandel der Bevölkerungsstruktur und der Lebensformen sowie die Konsequenzen des Klimawandels und des Ressourcenverbrauchs müssen in den Städten bewältigt werden.

Diese Aufgaben erfordern Tatkraft und eine erneuerte Solidarität. Wenn wir nicht entschlossen handeln, wird das Ergebnis eine soziale Spaltung der Städte sein. Nicht der anonyme Markt, sondern nur mutiges und mit den Bürgerinnen und Bürgern der Städte gemeinsames politisches Handeln, wird die Städte lebenswert halten.

Auch die aktuelle Finanzkrise gefährdet den Zusammenhalt der Städte, seien es Finanz-, Dienstleistungszentren oder Industriestädte. Die „Zeitenwende“ bietet zugleich die Chance, wirtschaftliche und gesellschaftliche Spaltungen zu überwinden und wieder „das Ganze“ in den Blick zu nehmen.

Neue Handlungsfähigkeit in der Zeitenwende

Für die Handlungsfähigkeit der Städte muss sich die Finanzausstattung der Großstädte an den zunehmenden Aufgaben und Anforderungen orientieren. Die fundamentalen sozialen und bildungspolitischen Aufgaben können die Städte nicht alleine stemmen. Sie bedürfen einer gemeinsamen Kraftanstrengung des Bundes und der Länder. Denn in den Städten wird über die Integrations- und Aufstiegschancen der großen Mehrheit unserer Kinder und Jugendlichen entschieden.

Der Bund muss sich daher stärker engagieren, um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu wahren. Das Ganztagschulprogramm und der Ausbau der Betreuung für die unter Dreijährigen sind gute Beispiele für eine erfolgreiche Kooperationskultur in unserem Bundesstaat.

Wir brauchen mehr von diesen positiven Beispielen. Dazu ist eine Politik erforderlich, die über föderale Grenzen hinausdenkt. Nötig sind mehr finanzielle Kooperationen zwischen dem Bund und den Städten für ein gut ausgebautes Bildungs- und Betreuungssystem. Die Zukunftschancen der Kinder dürfen nicht an Verfassungsgrenzen scheitern. Darum wollen wir das Kooperationsverbot des Grundgesetzes aufheben.

Die Situation der Städte muss im kommunalen Finanzausgleich stärker berücksichtigt werden. Die Großstädte brauchen eine finanzielle Planungssicherheit, insbesondere die Planbarkeit der Einnahmen muss verbessert werden. Gleichzeitig müssen die großen Städte und Metropolen in Europa eine größere Rolle spielen. Es muss Ziel der europäischen Kohäsionspolitik sein, Metropolen und Großstädte zu stärken, damit sie ihren Charakter als Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung wahren können. Deshalb fordern wir eine deutliche Stärkung der städtischen Dimension in den europäischen Strukturfonds sowie eine Aufstockung der Stadtentwicklungsmittel. Für diese Schwerpunktsetzung werden wir Sozialdemokraten uns in der Diskussion über die Förderperiode ab 2013 einsetzen.

Labore künftigen Zusammenlebens

Trotz aller Probleme: Große Städte haben eine enorme Magnetwirkung. In den großen deutschen Ballungszentren leben mehr als 57 Millionen Menschen. Mehr als 27 Millionen Erwerbstätige gehen hier jeden Tag ihrer Arbeit nach und erwirtschaften damit mehr als Zweidrittel unseres Wohlstands. In den großen Städten werden neue Lebensweisen erprobt, ist kreatives Denken zu Hause und sind die Formen des Zusammenlebens vielfältig. Metropolen sind im besten Sinne Labore und kreative Keimzellen der künftigen Gesellschaft. Es ist unsere Auffassung von sozialem Fortschritt, diesen Wandel zu begleiten und zu gestalten.

Die SPD als Stadtpartei

Die Sozialdemokratie war und ist die Partei der großen Städte in Deutschland. Wir wollen weltföhne Großstädte und wettbewerbsfähige Metropolregionen, die Orte des Fortschritts und des sozialen Ausgleichs sind. Sie sind Voraussetzung für ein modernes Land. Hier entsteht Wohlstand.

Hier wächst Zusammenhalt.

Wir sehen die modernen Metropolen als einen wichtigen Raum der Gestaltung eines neuen Gesellschaftsvertrages. Hier kann man ohne Angst verschieden sein. Wir wollen sie zu Orten machen, in denen Menschen füreinander einstehen, Sicherheit und Geborgenheit finden.

Wir Sozialdemokraten suchen die Zusammenarbeit mit denen, die nach neuem Zusammenhalt streben statt alte Spaltungen zu vertiefen.

Wir setzen dabei auf die heimatverbundenen Großstädter, die offen sind für alle, die bei ihnen ihre Heimat finden wollen. Wir wollen mit den Menschen gemeinsam an der Metropole arbeiten, die für alle Heimat ist.

Deshalb formuliert die SPD zentrale Leitgedanken für moderne Politik in den großen Städten.

1. Heimatort in der globalisierten Welt

In den Metropolen wird die Globalisierung sichtbar. Sie sind Knotenpunkte für die globalen Waren-, Finanz und Ideenströme. Sie sind Heimat für Menschen aus unterschiedlichen Kulturen. Sie sind Taktgeber für globale Veränderungen. Hier werden globale Produkte und Dienstleistungen für die Märkte der Welt hergestellt, Trends gesetzt und neue Formen des Zusammenlebens erprobt. Diese Einflüsse verändern das Gesicht der Großstädte.

Jede Metropole hat ihren Charakter und ihre unverwechselbare Identität. Das spezielle Wesen unserer europäischen Metropolen wird geprägt von den in ihr lebenden Menschen. Es speist sich aus der Begegnung von Architektur, öffentlichem Leben, der eigenen Geschichte und den lokalen Traditionen. Durch dieses Zusammenspiel entsteht bei den Einwohnern eine emotionale Bindung zu ihrem Lebensumfeld. Hier kann jeder seine Heimat finden.

Wir wollen den eigenen Charakter jeder Großstadt bewahren und ausbauen.

Wir Sozialdemokraten wissen um die städtebaulichen Fehlentwicklungen der 60er und 70er Jahre. Diese Konformität entspricht nicht mehr

unserem Leitbild. Vielmehr wollen wir Vielfalt und Urbanität fördern sowie die soziale Integrationskraft der Städte stärken. Gerade in der Globalisierung müssen Städte in ihrer Individualität erkennbar bleiben. In den großen Städten – seien es wachsende oder schrumpfende Städte – nehmen wir uns vor, eine identitätswahrende Stadtentwicklung zu praktizieren.

Wir wollen eine neue Willkommenskultur und Offenheit in den großen Städten etablieren.

Dazu wollen wir Willkommensagenturen als zentrale Anlaufstellen für alle Neubürgerinnen und Neubürger in den großen Städten schaffen, die das Einfinden in der Stadt erleichtern. Aufenthaltsmodalitäten, Wohnungssuche, Zugang zur Hochschule, Meldeangelegenheiten oder Sprach- und Integrationsangebote sollen hier aus einer Hand angeboten werden.

2. Quelle für neue Wertschöpfung

Wissen, Kommunikation und Kreativität gewinnen an Bedeutung. Wissen wird heute immer schneller produziert und durch die digitale Vernetzung breiter verfügbar gemacht. In den Metropolen verdichtet sich vorhandenes Wissen, neue Ideen werden hier geboren. Die großen Städte mit ihrer kulturell geprägten, offenen, urbanen Atmosphäre und ihrer dichten Bildungslandschaft haben eine besondere Attraktivität für Forschung, Entwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen. Urbanität und Weltoffenheit sind die Standortfaktoren für eine erfolgreiche Zukunft.

Wir wollen die großen Städte als Motoren der Innovation profilieren.

Die Nähe zwischen Hochschulen, Forschungsinstituten und Wirtschaft fördert neue Ideen und kreative Innovationsprozesse. Durch gezielte Wissenschafts- und Technologiepolitik, attraktive Rahmenbedingungen sowie die Förderung von Forschungs- und Bildungslandschaften wollen wir die großen Städte noch stärker als zukunfts- und ausstrahlungsfähige Standorte profilieren. Unser Ziel ist es, an jedem Hochschulstandort verbesserte Strukturen für erfolgreiche Unternehmensgründungen zu entwickeln.

Wir wollen die Chancen der Kreativwirtschaft für mehr Beschäftigung nutzen.

Der Takt der Großstädte schafft ein vitales und anregendes Umfeld, in dem die Kreativwirtschaft Wurzeln schlägt und wachsen kann. Hier entstehen neue Wertschöpfung, und neue Formen des Arbeitens. In ihrem Umfeld bilden sich neue Dienstleistungsangebote, die die Menschen in ihrem Alltag entlasten. Wir wollen die Potenziale der Kreativwirtschaft für unsere Städte nutzen. Darum werden wir die Bedingungen für kleine kreative Unternehmen und für Existenzgründer gezielt verbessern.

Wir wollen, dass Deutschland starkes Industrieland bleibt.

Dazu werden wir in den Metropolregionen den Austausch zwischen innovativen Netzwerken und der regionalen Wirtschaft sowie der Industrie fördern. Die regionale Industriepolitik muss an den Stärken der jeweiligen Region ansetzen. Wir wollen bestehende industrielle Kerne nachhaltig stärken und die Entwicklung von zukunftsorientierten Clustern unterstützen.

Wir wollen die Chancen auf Beschäftigung verbessern.

Öffentliche geförderte Beschäftigung ist und bleibt ein unverzichtbares Mittel der lokalen Arbeitsmarktpolitik. Unterschiedliche Förderinstrumente müssen sinnvoll kombiniert werden, um Qualifizierung und Wiedereingliederung zu ermöglichen, ohne kurzatmigen Maßnahmen den Vorzug zu geben. Wir wollen den „Kommunal-Kombi“ zu einem sozialen Arbeitsmarkt, d.h. einem längerfristigen, steuerfinanzierten Arbeitsmarktförderinstrument, weiterentwickeln, mit dessen Hilfe sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden können. Gerade in der Wirtschaftskrise wollen wir die bewährte Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Kommunen in den Jobcentern gesetzlich absichern.

3. Standort für Bildungschancen

Wir wollen allen einen guten Bildungsabschluss ermöglichen. Bildung und Qualifizierung sind die Grundlage für Lebenschancen und die Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben, sie kritisch zu hinterfragen, aber auch sich in ein globalisiertes Arbeitsumfeld einbringen zu können. Die großen Städte sind Zentren der Bildung. Hier existiert Vielfalt und Auswahl an Bildungslaufbahnen. Fast jeder Bildungsabschluss ist möglich. Hier treten aber auch die dramatischen Folgen der sozialen Spaltung für den Bildungserfolg offen zu Tage. Noch immer prägt der soziale Hintergrund entscheidend die Bildungsbiographien. Die Herkunftsabhängigkeit von Bildungschancen ist ein Problem, das sich in den Städten stärker stellt als anderswo. Das gilt besonders für Kinder mit Migrationshintergrund. Hier werden zu viele Chancen vertan, zu viele Talente bleiben unentdeckt.

Wir wollen, dass mit Abschluss der vierten Klasse alle Bildungsdefizite aufgeholt sind.

Dazu ist eine gemeinsame Anstrengung weit über die Bildungseinrichtungen hinaus notwendig. Wir müssen die Strukturen für individuelle Förderung und Spracherwerb schaffen. Wir werden aber auch darauf achten, dass diese Möglichkeiten genutzt werden. Gerade in sozial schwächeren Gebieten müssen Kitas und Schulen mehr Familien bei ihrer Verantwortung unterstützen oder klassische Erziehungsfunktionen ersetzen. Daher setzen wir auf die Kooperation mit den Eltern, nehmen sie aber auch in die Pflicht die Lern- und Integrationsanstrengungen von Schulen und Kitas positiv zu begleiten.

Wir werden den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz zügig umsetzen und die qualifizierte Förderung in den Kindergärten ausbauen.

Gerade im frühkindlichen Bereich lassen sich soziale und sprachliche Defizite am besten ausgleichen. Wir streben an, dass eine Erzieherin bzw. ein Erzieher für höchstens vier Kinder unter drei Jahren und für maximal acht Kinder im Kita-Bereich zuständig ist. Wir wollen sicherstellen, dass jedes Kind zu Schulbeginn ausreichende Sprachkenntnisse besitzt.

Wir wollen mehr Durchlässigkeit erreichen, indem wir die Übergänge zwischen den Bildungseinrichtungen verbessern.

Dies gilt vor allem für den Übergang vom Kindergarten in die Schule. Wir wollen, dass Schulen und Kindergärten enger kooperieren, um frühzeitig Defizite zu erkennen und einen erfolgreichen Start in der Schule zu ermöglichen.

Wir wollen attraktive Stadtteilschulen schaffen.

Hier sollen alle bis zum ersten Schulabschluss gemeinsam lernen. Als Ganztagschule muss sie eng mit Sportvereinen, Musikschulen und andere Kultureinrichtungen kooperieren. Wir wollen daher einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagschulplatz durchsetzen. Ein hochwertiges und kostenloses Mittagessen gehört für uns dazu.

Wir wollen eine Bildungsoffensive für Quartiere, in denen sich soziale Probleme verschärfen. Hier brauchen wir besonders leistungsfähige Schulen.

Wir wollen erreichen, dass die Größe der Klassen hier geringer und die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer hier höher ist als im Durchschnitt. Zudem werden wir an jeder dieser Schulen eine Betreuung durch Schulsozialarbeiter sicherstellen. Unser Ziel ist es, die Zahl der Schulabbrecherinnen und -abbrecher nachhaltig zu senken. Dazu muss von den Schulen das Signal ausgehen, dass ihnen die Entwicklung ihrer Schülerinnen und Schüler nicht egal ist. Schulschwänzen werden wir nicht akzeptieren und mit den Mitteln der aufsuchenden Sozialarbeit bekämpfen. Denn wir wissen, in den großen Städten sind es die Schulen, die immer mehr Familienfunktionen übernehmen. Darauf müssen wir sie vorbereiten.

Wir wollen in jeder Stadt Bildungstützpunkte aufbauen.

Sie sollen zentraler Anlaufpunkt werden, um sich über die vielfältigen Bildungs- und Qualifizierungswege zu informieren. Dies soll dabei helfen, dass Brüche und Rückschläge in der Bildungsbio-graphie nicht zu Sackgassen werden. Deshalb darf das Recht auf Bildung nicht nach dem Schulabschluss enden. Vielmehr brauchen wir eine Kultur des lebensbegleitenden Lernens. Das beinhaltet auch, dass alle, die einen Schulabschluss nicht erreicht haben, eine zweite und dritte Chance verdient haben.

Wir werden den gebührenfreien Zugang zu Bildungs-, Betreuungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten sichern.

Das sorgt für gleiche Startbedingungen.

4. Erneuerter Zusammenhalt durch Integration

In den Großstädten zeigt sich der gesellschaftliche Wandel stärker als anderswo. Die Unterschiede zwischen arm und reich, zwischen mobil und immobil, zwischen jung und alt sowie zwischen bildungsnahen und –fernen Bevölkerungsgruppen nehmen zu. Neben allen Chancen birgt die kulturelle Vielfalt auch Konfliktpotenziale und erzeugt Spannungen. Großstädte bieten in besonderer Weise den Raum dafür. Ignoranz und räumliche Abschottung können den zerbrechlichen gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Die Stadtgesellschaft ist hier gefordert, damit sich gesellschaftliche Bindungen nicht auflösen und die Städte nicht in prosperierende und abgehangene Bereiche zerfallen.

Wir wollen soziale Spaltungen in der Stadt verhindern.

Wir müssen mit sozialer Stadtentwicklungspolitik die Gesamtverantwortung der Stadt deutlich machen und mit aktivem Quartiersmanagement der gegenseitigen Abschottung begegnen und benachteiligten Quartieren neue Perspektiven eröffnen. Mit den Programmen zur sozialen Stadt haben wir Sozialdemokraten diesen Tendenzen in den letzten Jahren konsequent entgegengewirkt. Notwendig ist nun eine Verstärkung dieses Engagements.

Wir müssen die Menschen zu Handelnden machen bei der sozialen Gestaltung der Stadt.

Stadtteilmütter greifen Fragen auf, die im Alltag von Migrantenfamilien eine Rolle spielen und vermitteln familienrelevante Informationen an Mütter mit Migrationshintergrund. Dazu werden Mütter aus dem Stadtteil qualifiziert, um Familien im Stadtteil zu unterstützen. Als Quartiersläuferinnen und -läufer passen junge Erwachsene auf ihr Quartier auf, sie sind im öffentlichen Raum präsent, leisten Hilfe und regeln Konflikte. Stadtteilmütter und Quartiersläuferinnen und -läufer

sollen „Erziehungslotsen“ werden, die die Regeln des gemeinsamen Miteinanders durchzusetzen helfen. Wir geben Programmen, in denen sich die Menschen vor Ort für die Verbesserung ihrer Quartiere einsetzen, Vorrang. Dies benötigt auch lokale Formen der Mitbestimmung, wie sie zum Beispiel in Quartiersbeiräten verankert sind.

Wir müssen Rücksicht fördern und Regeln durchsetzen.

Es ist nicht akzeptabel, dass einige wenige auf Kosten derer leben, die sich nicht wehren können. Wo Toleranz gefährdet ist, schreiten wir auch mit polizeilichen Mitteln ein. Die Regeln unseres Zusammenlebens müssen von allen akzeptiert werden. Teilhabe und Akzeptanz sind untrennbar. Aktive Präventionsarbeit und die Stärkung der Prinzipien der guten Nachbarschaft schaffen mehr Sicherheit. In der lebenswerten Großstadt soll sich jeder ohne Angst frei bewegen können.

Wir wollen den lokalen Sozialstaat stärken.

Kommunale und quartiersbezogene Arbeitsmarktpolitik und die gezielte Förderung der lokalen Ökonomie schaffen neue Chancen für Beschäftigung und lebendige Stadtteile. Beratungsangebote insbesondere für Selbständige mit Migrationshintergrund, zum Beispiel zum Thema Ausbildung, aber auch Mikrokreditprogramme sind hier die Ansatzpunkte unserer Politik. Der lokale Sozialstaat muss darüber hinaus das Angebot öffentlicher Hilfen mit den Potenzialen des bürgerschaftlichen Engagements wirksam verzahnen.

Wir gehen hart gegen Rechtsextremismus vor und wollen Intoleranz bekämpfen.

Daher wollen wir auch mit städtischen Mitteln die Bundesprogramme gegen Rechts verstärken. Rechtsradikale Vereine verbieten wir, wo möglich entziehen wir rechtsradikalen Treffpunkten die Gaststättenlizenz. Zudem wollen wir Intoleranz unter dem Deckmantel von Religion konsequent entgegenreten.

Wir schaffen Orte des Zusammenhalts.

Wir werden die Bildungseinrichtungen im Stadtteil zu einem wichtigen Kristallisationspunkt für öffentliches und bürgerschaftliches Engagement machen. Dazu schaffen wir Ganztagschulen, die sich von einem reinen Bildungsort stärker

zum Lebensraum junger Menschen entwickeln und zusätzlich Beratungsangebote für die Eltern bereitstellen. Sie sollen stark mit der lokalen Wirtschaft, mit den Sport- und Kulturvereinen, mit der kommunalen Sozial- und Jugendarbeit sowie der kommunalen Weiterbildung vernetzt sein. So fördern sie auch das Stadtteilbewusstsein und eine positive lokale Identitätsbildung.

Wir wollen mehr Beschäftigte und Auszubildende mit Migrationshintergrund für den öffentlichen Dienst gewinnen.

Der öffentliche Dienst muss mehr als bisher die Vielfalt in der Gesellschaft widerspiegeln. Wir wollen für gleiche Einstiegs- und Aufstiegschancen sorgen. Durch Mehrstaatlichkeit können wir den Zugang zum Beamtenamt erleichtern.

Wir wollen, dass jeder seine religiösen Überzeugungen offen leben kann.

Unser Grundgesetz bildet dafür den Rahmen. Dazu gehört, dass auch alle Religionen ihren Platz im öffentlichen Raum einnehmen können. Wir wollen Moscheen in der Öffentlichkeit, statt in den Hinterhöfen. Gotteshäuser aller Religionen sollten sich dem Stadtteil und der Stadtgesellschaft stärker öffnen.

5. Zentrum von Leben und Arbeit

Arbeitsbeziehungen werden flexibler. Langjährige Vollzeitarbeit ist nicht mehr für alle Realität. Frauen und Männer wollen sich Erwerbs- und Familienarbeit gleichberechtigter aufteilen. Die Menschen leben länger und sie leben länger gesund und aktiv. Der Ruhestand bleibt immer länger eine aktive Phase des familiären und gesellschaftlichen Engagements sowie der Neugier auf Bildung und Kultur.

Urbanes Leben gewinnt so wieder an Attraktivität. Viele Familien und ältere Menschen wollen wieder zurück in die großen Städte ziehen. Kurze Wege zwischen Wohn- und Arbeitsort, eine gute Erschließung durch den öffentlichen Personennahverkehr, wohnortnahe Bildungs- und Betreuungsangebote sowie ein vielfältiges Kultur- und Dienstleistungsangebot schaffen Lebensqualität.

Wir wollen bewohnte Innenstädte und lebendige Quartiere.

Dazu muss es in den Innenstädten genügend bezahlbaren Wohnraum geben. Daher werden wir den Wohnungsmarkt nicht sich selbst überlassen. Öffentliche und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen spielen dabei für uns eine unverzichtbare Rolle. Mit verbindlichen und qualifizierten Mietspiegeln werden wir Mietsteigerungen in einem sozialverträglichen Maß halten. Wir wollen die soziale und kulturelle Vielfalt in den Quartieren sichern. Lokale Planungs- und Wirtschaftspolitik muss die Nahversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs sicherstellen.

Wir wollen die verträgliche Modernisierung des Wohnungsbestandes sicherstellen.

Durch erhebliche Anstrengungen in der energetischen Gebäudesanierung wollen wir die Heizkosten städtischer Wohnungen deutlich verringern. Damit werden Mieterinnen und Mieter bei der „zweiten Miete“ entlastet. Heute ist es möglich, aufgrund von Modernisierungsmaßnahmen die Miete dauerhaft anzuheben. Das wollen wir ändern. Künftig sollen nur noch die wirklichen Kosten umgelegt werden dürfen. Allgemeine Mieterhöhungen durch Modernisierung sind damit ausgeschlossen.

Wir wollen familienfreundliche Großstädte.

Dazu brauchen wir wohnortnahe und qualitativ hochwertige Kindertagesstätten, die flexible Betreuungszeiten anbieten. Vielfältige Familienmodelle sind heute die Regel in unseren Städten. Deshalb werden wir alle Strukturen in diesem Bereich auch auf ihre Tauglichkeit für Alleinerziehende untersuchen und sie an deren Bedürfnisse anpassen. Wohnortnahe Schulen müssen wichtige Bezugspunkte für das soziale Leben im Quartier sein. Wir brauchen vielfältige Angebote an Plätzen, Freiflächen sowie Spiel- und Sportmöglichkeiten. Der Zugang zu naturnahen Flächen und Erholungsräumen muss auch in innerstädtischen Quartieren möglich sein.

Wir wollen die großen Städte zu Orten des aktiven Alterns machen.

Dazu brauchen wir eine Ausweitung bundesweiter Programme für einen demografiesensiblen Stadtumbau und die altersgerechte Sanierung des Wohnungsbestandes. Durch ein Kreditpro-

gramm zur demografischen Sanierung wollen wir dabei die Modernisierung des Wohnungsbestands vorantreiben. Dies sichert lange, aktive Teilhabe älterer Menschen am städtischen Leben. Viele Menschen wollen in ihren Quartieren alt werden und in ihrer Wohnung selbstbestimmt leben. Darum fördern wir neue Wohnformen für ältere Menschen, wie etwa Senioren-Wohngemeinschaften oder generationenübergreifendes Wohnen. Durch die Förderung von Dienstleistungsagenturen wollen wir haushaltsnahe Dienstleistungen und Unterstützung im Alltag auch für untere Einkommensgruppen bezahlbar machen.

Wir wollen die vernetzte Stadt.

Die digitale Revolution vollzieht sich zuallererst in den großen Städten. Digitale Kommunikation ist im Arbeitsleben unverzichtbar geworden und nimmt im privaten Bereich immer größeren Raum ein. Wir wollen daher an besonders exponierten Orten in den großen Städten kostenlose Zugänge zum Internet schaffen.

6. Wandel zur ökologischen Stadt

Die großen Städte sind Orte des erhöhten Ressourcenverbrauchs. Mit dem städtischen Verkehr und dem Gebäudebestand haben sie maßgeblichen Anteil an den klimatischen Veränderungen, Umweltbelastungen und ökologischen Ungleichgewichten. In unseren Großstädten finden sich zugleich die größten Potenziale zur Energieeinsparung. Sie müssen zu Plätzen für die beispielhafte Anwendung energieeffizienter Technologien und erneuerbarer Energien werden. Erfolgreiche Klimaschutzpolitik und ökologischer Umbau müssen hier beginnen, damit wir nachhaltiger leben und wirtschaften. Wir wollen den Wandel zur ökologischen Stadt.

Wir wollen zu einer kontinuierlichen Verminderung der Treibhausgasemissionen in unseren Städten kommen.

Ziel ist es, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um mehr als 40 Prozent zu senken (bezogen auf das Basisjahr 1990). Dazu brauchen wir verbindliche städtische und regionale Klimaschutzkonzepte.

Wir wollen die Einnahmen aus dem Emissionshandel für lokale Klimaschutzpolitik einsetzen.

Für die Erreichung ehrgeiziger Klimaziele brauchen wir ehrgeizige Investitionen in den ökologischen Umbau unserer städtischen Infrastruktur. Hierfür wollen wir neue Spielräume eröffnen und sie nachhaltig finanziell absichern.

Wir wollen Vorreiter der ökologischen Stadterneuerung sein.

Ein ökologischer Stadtumbau, ökologische Sanierung, der schonende Umgang mit Ressourcen muss konzeptionell und durch Investitionen unterstützt werden. Der Gebäudebestand bietet noch zahlreiche Möglichkeiten, die Energieeffizienz zu erhöhen. Um diese Potenziale zu erschließen, wollen wir die Wohnungsbaugesellschaften und Mieter für städtische Klimaschutzbündnisse gewinnen. Bei öffentlichen Gebäuden wollen wir Vorreiter der energetischen Sanierung sein.

Wir wollen, dass die lokalen Energieversorger Pioniere einer modernen Energiepolitik sind.

Wir setzen auf den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und der Erneuerbaren Energien. Die moderne Energieversorgung in den großen Städten setzt auf mehr Dezentralität der Versorgungsstrukturen.

Wir wollen saubere und leisere Städte durch eine moderne Verkehrspolitik.

Dazu bauen wir den öffentlichen Nahverkehr weiter aus. Die umweltfreundlichen Verkehrsträger müssen besser miteinander vernetzt werden. Wir fördern den Radverkehr und verbessern die Bedingungen für die Fußgänger. Wir setzen uns für saubere Fahrzeuge ein und wollen den Lärm bereits an der Quelle bekämpfen. Mit modernen Steuerungssystemen und Logistikkonzepten sollen die Verkehrsströme besser gelenkt und unnötige Verkehre vermieden werden.

7. Weltgewandte Kulturmetropole

Die großen Städte sind Orte der Internationalität. Sie bieten Raum für Menschen unterschiedlicher Herkunft, mit unterschiedlichem Lebensstil, kulturellen Hintergrund und oft auch unterschiedlicher Sprache. Sie prägen das Gesicht ihrer Stadt. Weltoffene und tolerante Metropolen bereichern

so ihr soziales und kulturelles Zusammenleben. Eine Kultur der Anerkennung schafft Gemeinsamkeit.

Ein breites Angebot von Kunst und Kultur bereichert das Zusammenleben in den Großstädten und schafft kulturelle Identität. Dazu gehören Kulturangebote in Theatern, Opernhäusern, Schulen, Hochschulen und Museen, aber auch die notwendigen Nischen für neue Kreativität und Ideen jenseits des Etablierten. Wir wollen Metropolen, die sich als Kristallisationspunkte des kulturellen Lebens in ihren Regionen begreifen, kulturelle Leuchttürme schaffen, Vielfalt in der Breite fördern und aufgeschlossen für Neues bleiben.

Wir wollen ein vielfältiges Angebot an kulturellen Einrichtungen und Angeboten.

Die Kulturindustrie gewinnt zunehmend an Bedeutung für die urbane Wirtschaft. Kultur als öffentliches Gut ist die Voraussetzung für jede Form von Kreativwirtschaft. Deshalb fördern wir öffentliche Kulturangebote und –einrichtungen, um so den offenen Zugang für alle Einwohner der großen Städte zu gewährleisten.

Wir wollen in den großen Städten die kulturelle Bildung stärken.

Kulturellen Kompetenzen kommt in den Metropolen ein besonderer Stellenwert zu. Deshalb befördern wir die Vernetzung der bestehenden Kultureinrichtungen mit den Schulen sowie den örtlichen Bildungsträgern. Wir fördern die öffentlichen Musikschulen, damit die Teilhabe am kulturellen Leben und die eigenschöpferische Gestaltung nicht am Geldbeutel der Eltern hängt.

Wir wollen einen Kreativpakt zwischen Politik, Wirtschaft, Künstlern und Kreativen.

Wissen und Ideen sind die wichtigsten Rohstoffe unseres Landes. Deshalb wollen wir die Kultur- und Kreativwirtschaft in einem besonderen Maße fördern. Dazu braucht es Freiräume für Kreativität, gezielte Qualifikationsangebote für Kreative und die Unterstützung guter Ideen durch Mikrokredite und durch den verbesserten Zugang zu Chancenkapital für die Kreativwirtschaft. Wir wollen einen Kreativpakt zwischen Politik, Wirtschaft, Künstlern und Kreativen, in dem wirtschaftliche Fragen, Fragen der sozialen Sicherung, der Bildung und der Teilhabe gemeinsam erörtert werden.

Die soziale Absicherung von Kultur- und Medien-schaffenden ist zentraler Bestandteil unseres Kreativpaktes. Wir werden die Künstlersozialversicherung (KSV) als ein weltweit einzigartiges Modell erhalten und weiter stärken. Solo-Selbstständigen wollen wir die Absicherung in der Rentenversicherung und der Arbeitsversicherung ermöglichen. Wir wollen im Rahmen des Kreativpaktes erreichen, dass Kultur- und Medienschaffende, Künstlerinnen und Künstler und Kreative von ihrer Arbeit leben können. Es kommt darauf an, das geistige Eigentum zu schützen und angemessen zu vergüten.

8. Fundament unserer Demokratie

Erfolgreiche Demokratie muss aktiv gelebt werden. Sie braucht das aktive Eintreten für die eigenen Belange und die der Mitmenschen. Besonders die großen Städte, als Schmelztiegel für unterschiedliche Interessen, müssen Orte vitaler demokratischer Teilhabe sein. In den Großstädten ist dies eine besondere Herausforderung. Eine sinkende Wahlbeteiligung – vor allem bei jungen Menschen – ist dafür ein besonders ernst zu nehmendes Zeichen. Es gibt keine Demokratie ohne Demokraten. Gerade in den Großstädten muss immer wieder für demokratisches Engagement geworben werden, in der politischen Bildung wie in der Stadtgesellschaft.

Wir wollen die repräsentative Demokratie in den Städten stärken.

Sie steht für uns im Zentrum der demokratischen Metropole. Deshalb wollen wir die Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Mandatsträger in den Städten verbessern. Sie brauchen geeignete Freistellungsregelungen, die der modernen Berufswelt angemessen sind und die regelmäßige Weiterbildung ermöglichen.

Wir wollen ein allgemeines, kommunales Wahlrecht.

Bürgerinnen und Bürger ohne eine EU-Staatsbürgerschaft, die seit 6 Jahren in Deutschland leben, sollen das kommunale Wahlrecht erhalten. Gemeinsame Verantwortung für die Stadtgesellschaft muss auch mit gleichen Rechten zur Beteiligung verbunden sein.

Wir wollen eine neue Kooperationskultur zwischen Politik und Stadtgesellschaft.

Formen direkter Demokratie, wie Bürgerbegehren und Bürgerentscheide, können dabei helfen. Vor allem braucht demokratische Teilhabe mehr als die punktuelle Beteiligung. Sie braucht vielmehr die permanente Debatte in der Stadtgesellschaft über die gemeinsamen Ziele und den richtigen Weg. Gute Beispiele dafür sind Quartiersmanagement oder Bürgerforen in den Stadtteilen.

Wir wollen das Engagement der Zivilgesellschaft fördern.

Ihre Arbeit muss durch die Städte mit der Bereitstellung geeigneter Engagement-Infrastruktur unterstützt werden. Freiwilligenagenturen, Bürgerhäuser, Seniorenbüros und das gesamte Stiftungswesen können wichtige Hilfestellungen für das Ehrenamt leisten. Dabei können Volkshochschulen neue Aufgaben zur Förderung von bürgerschaftlichen Engagement erhalten und zu Kompetenzzentren werden.

9. Öffentliche Daseinsvorsorge in der handlungsfähigen Metropole

Handlungsfähige Metropolen sind Garanten öffentlicher Güter. Große Städte brauchen Instrumente um das städtische Umfeld wirksam gestalten zu können. Leistungen der städtischen Grundversorgung müssen für jeden zugänglich und bezahlbar sein. Das reicht von einer sehr guten Gesundheitsversorgung und einem hervorragenden Bildungssystem bis zu einer sicheren Trinkwasserversorgung und der umweltfreundlichen Entsorgung unserer Abfälle in einer modernen Stoffstromwirtschaft. Städtische Wasser- und Energieversorger, Unternehmen des öffentlichen Personenverkehrs und Wohnungsbau-gesellschaften versorgen die Bevölkerung mit grundsätzlichen Gütern und Dienstleistungen und dienen der Stabilisierung gesellschaftlicher Entwicklungen.

In den letzten zwei Jahrzehnten haben sich auch die Städte von Eigentum getrennt. Oft haben finanzielle Zwänge kaum Raum für Alternativen gelassen. Manchmal waren sie geboten, um Verkrustungen aufzubrechen und bessere Qualität

und günstigere Preise für die Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen. Vielfach wurde unbegründeten Heilsversprechen gefolgt, die in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllen konnten. Eine selbstkritische Bilanz kommt zu dem Ergebnis, dass schlichte Privatisierungen oft nicht der langfristig richtige Weg sind. Wir brauchen eine neue Wertschätzung der öffentlichen Daseinsvorsorge und der gemischtwirtschaftlichen Unternehmen in kommunaler aber auch genossenschaftlicher Verantwortung.

Wir wollen den demokratischen Einfluss auf die öffentliche Daseinsvorsorge sichern.

Öffentliche Unternehmen der Daseinsvorsorge erweitern den Handlungsspielraum aktiver Stadtpolitik. Wir wollen die mit den öffentlichen Unternehmen verbundenen Handlungsspielräume nutzen, um unseren politischen Gestaltungsauftrag wahrzunehmen. Öffentliche Unternehmen schaffen Mehrwert für Bürgerinnen und Bürger. Deshalb verwehren wir uns einer ideologiegeleiteten Privatisierungsdebatte und lehnen Zwangsveräußerungen öffentlichen Eigentums ab.

Wir wollen die Rahmenbedingungen der öffentlichen Daseinsvorsorge verbessern.

Städte und ihre Unternehmen müssen weiterhin ihre Dienstleistungen selbst erbringen und dabei kooperieren dürfen. Hierzu muss im europäischen Recht mehr Rechtssicherheit geschaffen werden. Die Bundesländer müssen sicherstellen, dass die Gemeindeordnungen den städtischen Unternehmen eine gleichberechtigte Teilnahme am Wettbewerb in liberalisierten Märkten erlauben.

Wir wollen die Sparkassen als verlässliche Partner der Bürger und der regionalen Wirtschaft sichern.

Die bewährten Grundprinzipien des deutschen Sparkassenwesens dürfen nicht aufgegeben werden. Die Beteiligung Privater an den öffentlichen Sparkassen muss ausgeschlossen bleiben. Vertikale Verbände zwischen kommunalen Sparkassen und Landesbanken sind abzulehnen. Wir wollen die dezentrale Unternehmensverantwortung der Sparkassen sichern und ihre Anbindung an unsere Städte und Kreise sichern.

10. Mittelpunkt starker Metropolregionen

Regionen brauchen Städte und Städte brauchen Regionen. Sie müssen Partner sein, um zukunftsfähige Metropolregionen werden zu können. Es macht den besonderen Charakter der großen Städte aus, dass sie beides nutzen: Ihre Vernetzung in die globalisierte Welt und das Zusammenwirken mit den sie umgebenden Regionen. Das stärkt ihren Charakter, weil sich in diesem Wechselspiel die weltgewandte Identität und das lokale Zugehörigkeitsgefühl vereinen. So entstehen international aufgestellte und wettbewerbsfähige Metropolregionen.

Wir wollen Metropolregionen als politische Handlungsebene und als Identifikationspunkt der Bürger stärken.

Sie sollen sich verstärkt als Räume für kooperative politische Gestaltung verstehen. Durch klare Profile und gemeinsame Ziele können sie ihren Blick auf den internationalen Wettbewerb der Regionen richten und wirksam ihre Interessen gegenüber Bund und Ländern vertreten. Wir wissen, manches lässt sich auf der Ebene der Metropolregionen besser lösen, als auf kommunaler oder Landes-Ebene.

Wir wollen das Stadt-Umland-Denken überwinden.

Eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Bereitstellung von öffentlicher Infrastruktur ermöglicht die sinnvolle Vernetzung öffentlicher Mobilitäts-, Gesundheits- und Beratungsangebote. Durch integrierte Strategien von Großstädten und den umliegenden Städten und Gemeinden fördern wir eine effektive und qualitativ hochwertige Versorgung, die die Stärken von Stadt und Land sinnvoll zusammenführen. So können Metropolregionen wichtige lokale und regionale Synergien nutzen und so gemeinsam an Stärke gewinnen. Das schafft Wohlstand und Lebensqualität für alle.

Wir wollen eine neue Kooperationskultur im sozialen Bundesstaat.

Wo Regionen sich auseinanderentwickeln brauchen wir die gesamtstaatliche Solidarität. Dazu brauchen wir eine Politik, die über föderale Grenzen hinausdenkt. Wir wollen deshalb eine neue Kooperationskultur zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

Anhang:

Kommissionsmitglieder

Leitung:

Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin

Mitglieder:

Frank Baranowski (OB der Stadt Gelsenkirchen, Vorsitzender der SGK NRW)

Björn Böhning (Mitglied des SPD-Parteivorstands)

Jens Böhrnsen (Präsident des Senats von Bremen)

Bärbel Dieckmann (OB der Stadt Bonn, Mitglied des SPD-Präsidiums)

Ingo Eglhoff (SPD-Landesvorsitzender Hamburg)

Dr. Ulrich Hatzfeld (Unterabteilungsleiter Stadtentwicklung im BMVBS)

Dr. Peter Kurz (OB der Stadt Mannheim)

Dr. Gerhard Langemeyer (OB der Stadt Dortmund, Vorsitzender der Bundes-SGK)

Barbara Ludwig (OB der Stadt Chemnitz, Mitglied des SPD-Präsidiums)

Dr. Ulrich Maly (OB der Stadt Nürnberg, Mitglied des SPD-Parteivorstandes)

Detlef Raphael (Geschäftsführer Bundes SGK)

Bernd Scheelen (MdB, Sprecher der AG Kommunalpolitik der Bundestagsfraktion)

Dr. Manfred Sternberg (stellv. Geschäftsführer Bundes SGK)

Dagmar Szabados (OB der Stadt Halle/ Saale)

Stephan Weil (OB der Stadt Hannover, Präsident des VKU)

Petra Weis, MdB Duisburg (Stadtentwicklungspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion)

Christian Ude (OB der Stadt München, Präsident des Deutschen Städtetages)

Mitarbeiter SPD-Parteivorstand

Alexander Bercht

Thomas Bosch

Benjamin Mikfeld

Daniel Thürauf